

Die Auswirkungen von GATS auf die Kommunen in der Wasser- und Abwasserwirtschaft

**Ulrich Cronauge
Geschäftsführer**

**Leiter der Abteilung für Wasser- und Abwasserwirtschaft
Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), Köln**

I. Globalisierung als Demokratieproblem

- Völkerrechtliche Bindungen anstelle nationaler Souveränität, Abnahme der Autonomie der Staaten durch Hochzonung von Zuständigkeiten.
- Ergebnis: Zuständigkeitsverluste der bürgernahen Instanzen, Verantwortungsdiffusion und Zurechnungsverdünnung.
- Beispiel Wasserwirtschaft: Dreidimensionale Diskussion im internationalen, europäischen und nationalen Maßstab; Stand national seit der Beschlussfassung des Deutschen Bundestages vom 21.03.2002 und in Europa mit dem Beschluss des EP vom 14.01.2004 Modernisierung statt Liberalisierung; nunmehr Liberalisierungsoffensive durch die Hintertür „GATS“!
-problem und zugleich Demokratieproblem.

II. Dienstleistungskrake WTO/GATS

- Umfassender Ansatz, klare Zielrichtung: Betroffenheit sämtlicher Dienstleistungen, auch solcher öffentlicher Natur, auch herkömmlicher Leistungen der Daseinsvorsorge, die in der Aufgabenträgerschaft der Gemeinden stehen und überwiegend von kommunalen Unternehmen wahrgenommen werden; Zielrichtung: Liberalisierung und zugleich Privatisierung, Begleiterscheinungen Konzentration und Oligopolbildung.
- Verhandlungsdynamik: Drittlandsforderungen sowie eigene Angebote.
- Wechselwirkung und gegenseitige Ausstrahlung: Wer in großem Umfang Liberalisierungsforderungen in bestimmten Infrastrukturbereichen gegenüber einer Vielzahl von Staaten erhebt, wird sich nicht umgekehrt auf Dauer an die eigene Adresse gerichteten Liberalisierungsforderungen entziehen können. (Dies-

bezügliche Aussagen des noch zuständigen Handelskommissars Lamy; zukünftig zuständig: Peter Mandelson (Großbritannien)).

III. Grundsatzforderungen an die GATS-Verhandlungsrunde aus kommunalwirtschaftlicher Sicht

1. Umfassende Transparenz der Stellen
2. Parlamentarische Kontrolle sicherstellen
3. Kommunalwirtschaftliche Daseinsvorsorge auch zukünftig gewährleisten
 - Garantie der kommunalen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG
 - EU-Verfassungsentwurf: Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung und besondere Herausstellung des Subsidiaritätsprinzips
 - Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität
4. Öffnung der Dienstleistungsmärkte bei Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mit Nachdruckentgegenzutreten

IV. Vorteile einer Liberalisierung für die Wasser- und Abwasserwirtschaft?

- Liberalisierungsszenarien: Wettbewerb im Markt und Wettbewerb um den Markt
- Verengung der Diskussion: Wettbewerb um den Markt auf dem Weg des Ausschreibungszwangs für die Wasser- und Abwasserwirtschaft (Wettbewerbs- und Vergaberecht)
- Klare Aussagen: Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen 2002, OFWAT-Gutachten 2004
 1. Wird die Wasserqualität besser?
 2. Wird das Wasser billiger?
 3. Können Liberalisierungsbemühungen anderer europäischer Länder als Vorbild dienen?
 4. Ist der Ausschreibungswettbewerb eine Vorbedingung für die Teilhabe am internationalen Markt?

V. Auswirkungen eines Ausschreibungszwangs auf die kommunal- unternehmerisch geprägte Wasser- und Abwasserwirtschaft

1. Widerspruch zur Kultur der kommunalen Selbstverwaltung: Beseitigung der gemeindlichen Organisationshoheit und damit fundamentaler Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie.
2. Gewährleistung statt Erfüllung, Ausschreibungsverantwortung statt Erfüllungsverantwortung.

3. Atomisierung des kommunalwirtschaftlichen Querverbundes.
4. Keine Chancengleichheit für die Weiterentwicklung kommunaler Unternehmen im Wettbewerb (Flurbereinigung mit Konzentration und Oligopolbildung).
5. Teilhabe kommunaler Unternehmen am Vergabewettbewerb?
(Verlust der eigenen Konzession ist gleich Verlust des Unternehmens)

VI. Gegen eine Einbeziehung der Wasser- und Abwasserwirtschaft in die GATS-Verhandlungen

- Gleichklang der drei Ebenen international, EU und national.
- Demokratie und Subsidiarität
- Keine ausschließliche Ökonomisierung und Shareholder-Value: Wasser nicht als weltweite Ware ausgestalten
- Kluft zwischen Bürgern, die sich der Globalisierung hilflos ausgeliefert fühlen, und ihren politischen Repräsentanten in diesem Prozess überwinden, da ansonsten die Demokratie auch im Inneren irreparablen Schaden erleiden wird.